

"Sozial ist, was Arbeit schafft" - Zur Tradierung eines schlechten Terms

Seit mehr als einem halben Jahrzehnt operieren die Union und die wahlverwandte "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" (INSM) mit diesem belasteten Term. Vielfach ist darauf hingewiesen worden, dass seine historischen Wurzeln in der Zeit der Machtergreifung der Nationalsozialisten liegen. Er ist nicht tot zu kriegen. Aktuell verwendet die Hamburger CDU den eigentlich disqualifizierenden Satz in ihrem Regierungsprogramm 2008-2012.

von Thomas Meese

In seinem Vorwort zum CDU-Regierungsprogramm tradiert der Landesvorsitzende der Hamburger CDU und Noch-Finanzsenator Dr. Michael Freytag an exponierter Stelle als den zweiten den "Eckpunkt" des aktuellen Wahlprogramms die an Alfred Hugenberg (1865-1951) - Medienzar der Weimarer Republik und Steigbügelhalter Hitlers' - erinnernde Parole:

"Sozial ist, **was** Arbeit schafft." [1, S. 7]



[modifiziertes Deckblatt "Regierungsprogramm 2008-2012"]

Ein schlechter Term ...

Bereits 2002 benützte die CSU in Bayern diese Wahlkampfparole. Die taz berichtete [2] seinerzeit darüber und der Vorsitzende der Geschichtswerkstatt München-Neuhausen e.V., Günther Baumann, hinwies darauf, dass Hugenberg im Februar 1933 in Zeitungsanzeigen für seine republikfeindliche "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" (Nationalfarben des Deutschen Reiches bis 1918) mit dem bis auf ein Wort identischen Slogan warb:

*"Sozial ist, **wer** Arbeit schafft."*

Zuvor hatte Hugenberg als Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) Hitlers Machtübernahme durch ein gemeinsames Kabinett ermöglicht und war zum Minister für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung im ersten Kabinett Hitler ernannt worden. Der Slogan war für die Reichstagswahl am 05. März 1933 verbreitet worden, für die sich Hugenberg's DNVP mit dem "Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten" zu eben jener "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" vereinigt hatte. Die Erfolge der Kampffront bei der Wahl waren mit nur 8% mäßig, trugen aber zur erneuten Koalitionsregierung unter Hitler mit 51,9% der Stimmen bei. Im Juni 1933 trat Hugenberg von allen Minister- und Parteiämtern zurück und die DNVP wurde aufgelöst. Hugenberg blieb als "Gast" der NSDAP bis 1945 Mitglied des Reichstages. Seine Presseverlage musste er auf Druck der NSDAP verkaufen. Sie wurden zum Großteil von NS-Verlagen übernommen und die von ihm kontrollierte Ufa wurde verstaatlicht und stand ab 1937 dem Reichspropagandaminister Joseph Goebbels zu Gebote. Hugenberg war für seinen wirtschaftlichen Verlust entschädigt worden.

Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs war Hugenberg von den Briten interniert worden. 1947 war er zunächst als "Minderbelasteter" eingestuft worden, erreichte in mehreren Berufungsverfahren jedoch (s)eine Einstufung als "Entlasteter", wobei das Gericht diese Einstufung ausdrücklich auf den juristischen Aspekt beschränkte und eingedenk der hohen Betagtheit des Mannes dessen Beschränkung einer politischen Tätigkeit aufhob. Die auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) von den Alliierten beschlossene Entnazifizierung, die zunächst am strengsten in der US-amerikanischen Besatzungszone gehandhabt wurde, einteilte die Betroffenen in fünf Kategorien: Hauptschuldige, Belastete,

Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete. Der 3. Senat des Bundesverwaltungsgerichts feststelle mit Urteil vom 17. März 2005 (BVerwG 3 C 20.04), [3] "ein erhebliches Vorschubleisten" sei "bereits in der Phase der Errichtung und nicht erst nach der Etablierung des nationalsozialistischen Systems möglich" gewesen (Leitsätze, S. 1) und sprach den Nachkommen Hugenbergs' damit eine Entschädigung für ein von der sowjetischen Besatzungsmacht 1945 enteignetes Rittergut ab. Die letztendliche Einstufung Alfred Hugenbergs als "Entlasteter" im Rahmen der Entnazifizierung sei in diesem Zusammenhang ohne Bedeutung.

... und seine Tradierung

Die CSU bestritt in 2002 gegenüber taz, dass ihr Wahlkampfslogan, der auf einer Klausurtagung in einem Entschließungsantrag zur Beschäftigungspolitik beschlossen worden war, etwas mit dem Hugenberg-Zitat zu tun haben könnte. Wollen wir einmal unterstellen, dass dies stimmte und er Lapsus tatsächlich "nur" historischer Ahnungslosigkeit geschuldet war, kann diese "Entschuldigung" seither nicht mehr gelten.



[modifiziertes Titelblatt "Das Wespennest" vom 7. Oktober 1948]

Nachdem nämlich Günther Baumann in der taz auf die bedenklichen historischen Wurzeln dieses schlechten Terms hingewiesen hatte, griffen auch andere die Wahlverwandtschaft der neoliberalen Parole zu dem Denken der Feinde der Weimarer Republik am Vorabend der deutschen Barbarei auf. Albrecht Müller hatte 2004 in *"Die Reformlüge"* nochmals auf den Zusammenhang hingewiesen und von dem Ziel einer *"Verdummung der Bevölkerungsmehrheit"* und einem *"unanständigen Psychotrick"* geschrieben. Die Leipziger Montagsdemo macht auf ihrer Webpräsenz [4] auf den Zusammenhang aufmerksam. Und der INSM-Watchblog, [5] der die Verlautbarungen der "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" (INSM) kritisch begleitet, machte bereits mehrfach auf die schlechte historische Tradierung aufmerksam und darauf, dass die INSM den Slogan bereits in 2000 in den politischen Diskurs geworfen hatte. Seither reproduziert er sich gewissermaßen selbst und quillt immer wieder aus PolitikerInnen-Mündern hervor, wie sich sehr anschaulich anhand dieses NDR-Beitrags an den Beispielen Merkel, Westerwelle, Rüttgers und Stoiber vordemonstrieren lässt (vgl. [6] ab Min. 7,00).

Auch der in der Freien und Hansestadt Hamburg mit der obersten Rechts-, Dienst- und Fachaufsicht (soweit die Mischverwaltung dies überhaupt zulässt) über die ArGen ausgestattete Senator für Wirtschaft und Arbeit, Gunnar Uldall (CDU), ist Mitglied des Fördervereins [7] und war Kurator und Botschafter [8] der "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" (die übrigens euphemistisch über den Webserver "mail.chancenfueralle.de" ins Netz geht). Wie sich ein Denken in schlechter Tradition dann seinen administrativen Weg nach unten bahnt und dabei zunehmend vergrößert, das hatten wir am 23.01.2008 bei unserem Termin in einem Hamburger Job-Center erlebt, dessen Leiter so sehr von der Idee beseelt gewesen ist, alle *"ganz doll dringend"* in Arbeit vermitteln zu müssen, dass er diesem Gedanken sogar unsere Freiheitlich Demokratische Grundordnung, wie sie in unserem Grundgesetz fest geschrieben ist, opfern wollte. [9] Der Senator Uldall, Mitglied des Fördervereins der INSM, ist u.a. mit Schreiben vom 25.01.2008 [10] dazu aufgefordert, sich zu diesem ungeheuerlichen Vorgang zu äußern.

Den Anfängen wehren

Mein hochgeschätzter Kollege Richard Albrecht hat mich durch seinen dokumentarischen Essay *"Polizei - 'Freund und Helfer'"* (unveröff. Ms. 2008, 12 p.; erscheint im GRIN Verlag für akademische Texte 2008) zu dieser Betrachtung angeregt. Darin macht er auf einen strukturell sehr ähnlichen Vorgang aufmerksam, indem er nachweist, dass der auch in der Bundesrepublik

gebräuchliche Term von der Polizei als "Freund und Helfer" bereits am 18./19. Dezember 1934 durch Reichsführer SS (seit 1929) Heinrich Himmler anlässlich der Eröffnung des ersten "Tages der Deutschen Polizei" im Dritten Reich Vorbereitung gefunden hatte. Albrecht verfolgt die Spuren des Slogans vom "Freund und Helfer" noch weiter bis in die Weimarer Republik zurück und konstatiert, dass eine "griffige Losung" des Alltagslebens vom nationalsozialistischen Staat zunächst angeeignet und dann breitenwirksam demagogisch gewendet worden sei. Was schließlich auf dem Nürnberger Parteitag von 1937 vollzogen war, als der Term bereits in aller und auch des Führers' Munde war.

Richard Albrecht erinnert zum Abschluss des Papiers an seine akademische Lehrerin Hannah Arendt, die nach 1933 als politische Emigrantin erfahren musste, "was es bedeutet, keine Rechte zu haben und um das '*Recht, Rechte zu haben*', kämpfen zu müssen". Sein zuhöchst denkend und handelnd nach zu vollziehender und durchaus bekenntnishafter Schlusssatz lautet dann auch:

"Soweit ich (falls überhaupt) das zeitgeschichtliche Lehrstück von der 'Polizei' als 'Freund und Helfer' verstanden habe – ist das, was hier bereits ***konsequente Kritik aller Repressivideologie vom Tätertypus*** genannt wurde, aktuell und so radikal wie nachhaltig erforderlich. (S. 9)

- [1] http://www.cduhamburg.de/27002/Uploaded/cdu-hamburg_regierungsprogramm2008.pdf
- [2] <http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2002/08/16/a0023&type=98>
- [3] <http://www2.bverwg.de/media/archive/2938.pdf>
- [4] http://www.leipziger-montagsdemo.de/daten/informationen/bilder_und_assoziationen.htm
- [5] <http://insmwatchblog.wordpress.com/2007/05/17/sozial-ist-was-arbeit-schafft/>
- [6] http://www3.ndr.de/ndrtv_pages_video/0,,OID1915978_VID3257562,00.html
- [7] http://www.insm.de/Foerdereverein/Mitglieder_des_Foerderevereins/Gunnar_Uldall.html;jsessionid=79EA06F3247C02119F2BF39599AE340D
- [8] http://www.insm.de/Die_INSM/Kuratoren_und_Botschafter/Mitglieder_des_Foerderevereins/Gunnar_Uldall.html
- [9] <http://www.forced-labour.de/archives/624>
- [10] http://www.forced-labour.de/wp-content/uploads/2008/01/2008-01-25_rechts_dienst_fachaufsicht_publ.pdf

copyleft 2008-02-02 | redaktion@forced-labour.de